

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 21

Ausgegeben am 19. August 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Kritik des Programmentwurfs¹

Von Heinrich Cunow

(Schluß statt Fortsetzung)

III

Was soll im neuen Programm an die Stelle der Erfurter Entwicklungsprognose treten?

Von einer Aufnahme der Erfurter Entwicklungsschematik in den Entwurf eines neuen Parteiprogramms kann demnach keine Rede sein. Aber könnte man denn nicht eine den Erfahrungsstatsachen besser entsprechende Entwicklungsprognose an die Spitze des neuen Programms stellen? Zwar fehlt sie in den meisten Programmen der sozialistischen Parteien des Auslands, und auch das Eisenacher wie das Wobhaer Einigungsprogramm enthielten solche Prognose nicht; aber unsere noch in den Anschauungen des Erfurter Programms befangenen Anhänger werden sie vermessen, und zudem hat es einen gewissen agitatorischen Wert, wenn den Massen erklärt wird, die gesellschaftliche Entwicklung gebäre aus sich selbst mit innerer Notwendigkeit die sozialistische Wirtschaftsordnung. Dieser Ansicht scheint auch Friedrich Stampfer zu sein. In einem Artikel des »Vorwärts« (Nr. 339 vom 21. Juli) meint er:

Der Grundgedanke des Erfurter Programms, daß die Partei bewußtes Werkzeug einer wissenschaftlich erkannten Entwicklung sein müsse, war richtig; er verlangt jetzt aber eine andere Ausführung. Das Erfurter Programm rechnete mit einem Katastrophenpunkt dieser Entwicklung, an dem die Partei erst zur vollen Entfaltung ihrer Aktivität gelangen sollte; da aber dieser Punkt ziemlich weit im Zukunftsnebel lag, mußte es darauf verzichten, für den Augenblick seines Eintritts Verhaltensmaßregeln zu geben; es mußte sich auf zunächstliegende, auch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung durchführbare Forderungen beschränken.

Gewiß, die Versicherung, unsere gesellschaftliche Entwicklung treibe mit Sicherheit dem Sozialismus entgegen, und die Sozialdemokratische Partei sei lediglich ein ausführendes, »bewußtes Werkzeug« dieser Entwicklung, hat eine gewisse agitatorische Wirkung, wenn auch durch solche Darstellung nach meiner Meinung andererseits jene Parteigenossen in ihrem indolenten Fatalismus bestärkt werden, die da erklären: »Warum soll man sich denn so anstrengen, es kommt ja doch alles, wie es soll!« Doch wie soll die von Stampfer erhobene Forderung erfüllt werden? Er selbst macht keinen konkreten Vorschlag im »Vorwärts«, und ebensowenig habe ich in irgendeinem anderen Parteiblatt irgendwelche Vorschläge gefunden. Auf die Ausführung

¹ Ich hatte beabsichtigt, diesem dritten Artikel einen vierten folgen zu lassen, der sich mit den einzelnen Spezialforderungen des neuen Programmentwurfs beschäftigt. Da mir aber einige Mitarbeiter bereits Artikel über derartige Forderungen zugesandt oder angekündigt haben, möchte ich zunächst meine Mitarbeiter zu Worte kommen lassen.

Heinrich Cunow

kommt aber alles an. Soll der gewünschte Passus im neuen Programm etwa folgendermaßen heißen: »Alle gesellschaftliche Entwicklung ist eine gesetzmäßige, und auch der Fortschritt zur sozialistischen Gesellschaftsordnung vollzieht sich mit geschichtlicher Notwendigkeit nach bestimmten die Entwicklung beherrschenden Bewegungsgesetzen vermittelst der immer mehr an wirtschaftlicher, politischer und geistiger Bedeutung im gesellschaftlichen Lebensprozeß zunehmenden Arbeiterklasse.«

Ich glaube, eine solche oder eine ähnliche abstrakte Formulierung des marxistischen Entwicklungsgedankens würde durchaus nicht die agitatorische Wirkung haben, die nach dem Wunsche vieler das neue Programm haben soll. Von den meisten würde sie überhaupt kaum richtig verstanden werden, und zwar nicht nur von den sogenannten »politisch Ungebildeten«, denn wie ich schon im vorigen Artikel erwähnte, wird in unserer Partei der Marxsche Begriff der sozialen Gesetzmäßigkeit und der geschichtlichen Notwendigkeit sehr verschieden interpretiert.

Soll die Entwicklungsprognose den gewünschten Zweck haben, muß sie von bestimmten heutigen Erfahrungstatsachen und Sozialerscheinungen oder auch von bestimmten unterstellten Bewegungsgesetzen (beziehungsweise Tendenzen) ausgehen und zeigen, wie auf solcher Grundlage sich die Entwicklung künftig in ganz bestimmter Richtung vollziehen muß, das heißt die Verfasser der theoretischen Einleitung des neuen Programms müssen zu einem ähnlichen Entwicklungsschema greifen, wie es das Erfurter Programm aufweist, und heutige Erfahrungstatsachen in die Zukunft hineinprojizieren. Alle derartigen Konstruktionen haben aber meines Erachtens nur einen höchst zweifelhaften hypothetischen Wert. Gerade als marxistischer Soziologe, der der Ansicht ist, daß die soziale Entwicklung sich nicht gradlinig in einmal eingeschlagener Richtung, sondern gewissermaßen in einer Zickzack- und Kurvenlinie vollzieht und die verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsperioden nicht immer von gleichen Bewegungsgesetzen oder -tendenzen beherrscht werden (oder doch wenigstens, wo einzelne gleiche Tendenzen vorhanden sind, diese infolge der Gegenwirkung anderer Tendenzen nicht immer gleiche soziale Erscheinungen zur Folge haben müssen), halte ich alle derartigen Zukunftsentwicklungskonstruktionen für höchst unsicher und irreführend. Wenn so viele Entwicklungsvoraussetzungen und -verheißungen, die wir bei früheren Volkswirtschaftlern, Historikern und Sozialphilosophen, auch bei Marx und Engels, finden, sich entweder gar nicht oder doch nur zum Teil erfüllt haben — worin liegt der Grund? Nicht darin, daß die Konstrukteure, wie gewöhnlich behauptet wird, ihrer Phantasie zu freien Lauf ließen, sondern darin, daß sie die von ihnen wahrgenommenen sozialen Erscheinungen und Entwicklungstendenzen in die Zukunft hineinverlängerten, sich die Zukunft also als bloße Verlängerung der Gegenwart vorstellten, nur daß sie meist die Wirkung der von ihnen wahrgenommenen Tendenzen noch vergrößerten. Ist aber, wenn wir heute in irgendeinem auf einer bestimmten Entwicklungsstufe stehenden kapitalistischen Wirtschaftsgebiet eine bestimmte Tendenz der Betriebskonzentration, der Kapitalanhäufung, der Mehrwertsteigerung, der Lohnsenkung, der Verelendung usw. wahrnehmen, damit schon ohne weiteres gesagt, in Zukunft müßten diese Tendenzen in gleicher Weise oder gar

noch weit schärfer hervortreten; können sie nicht — um einen Marxschen Ausdruck zu gebrauchen — »umzuschlagen«?

Vielleicht wird mancher Leser sagen: »Das mag alles richtig sein, aber bei einem Parteiprogramm kommt es nicht in erster Linie auf die Wissenschaft, sondern auf die Verwertbarkeit seiner Sätze in der Agitation an.« Ich halte das für verkehrt: ein Parteiprogramm soll sicherlich keine bloße wissenschaftliche Abhandlung sein, aber direkt verstoßen gegen wissenschaftliche Erkenntnis soll es ebensowenig.

Gerade in der Jetztzeit wäre es meines Erachtens völlig verfehlt, von heutigen Wirtschafterserscheinungen in Deutschland auf die Wirtschaftsgestaltung der Zukunft zu schließen; denn man kann die heutigen Wirtschaftszustände sicherlich nicht als normale, an sich durch den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise bedingte Erscheinungen betrachten. Was die nächste Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet bringen wird, war vielleicht niemals so unsicher, so in undurchsichtigen Nebel gehüllt wie heute. Tatsächlich finden wir denn auch in unseren Reihen die widerspruchsvollsten Entwicklungs- und Zukunftsvorstellungen! Manche, die einst zu Beginn des Krieges von dem demnächstigen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems träumten und sich bereits aus dem Kriegschaos den Sozialismus gleich dem Wundervogel Phönix erheben sahen, sind auch heute noch nicht von ihrer Hoffnungslosigkeit kuriert und glauben, daß wir uns im besten sozialistischen Fahrwasser befinden und mit vollen Segeln in eine sozialistische Wirtschaftssära hineinsteuern. Andere sind durch die letzten beiden Jahre eines Besseren belehrt worden; sie glauben zwar, daß das kapitalistische System völlig »abgewirtschaftet« hat und nur der Sozialismus als Rettungsmittel übrigbleibt, aber der Weg, der zu ihm führt, sei, so meinen sie, recht lang und holperig. Dritte sind gegenüber dem ganzen Wirtschaftstreiben skeptisch geworden; sie meinen, es müsse ein noch weit größerer wirtschaftlicher Zusammenbruch kommen, bevor die Wirtschaftsentwicklung wieder aufwärts steigen könne. Und ich selbst finde in den heutigen Wirtschafterserscheinungen — um es offen herauszusagen — nicht den geringsten Anlaß, irgend etwas von meiner bald nach Kriegsausbruch in der Broschüre »Parteizusammenbruch?« ausgesprochenen Ansicht zurückzunehmen, daß die Folgen des Krieges die beteiligten Staaten wohl zu einzelnen sozialistischen und fiskalisch-monopolistischen Maßnahmen zwingen könnten, von dem Beginn einer sozialistischen Wirtschaftssära nach dem Kriege aber keine Rede sein könne, sondern nur von einer neuen finanzkapitalistisch-imperialistischen Weltwirtschaftsära. Wer recht hat, wird die Zukunft lehren; jedenfalls aber ist eine Zeit, die so verschiedene Entwicklungsvorstellungen in unseren Reihen hervorgerufen hat, nicht zur Fabrikation von Zukunftsprognosen geeignet.

Wenn aber auch in den bisherigen Programmkritiken jede Angabe darüber fehlt, wie die Kritiker des Programmwurfs sich das Entwicklungsschema denken, das sie an die Stelle der Erfurter Entwicklungsprognostik gesetzt sehen möchten, so wissen doch einige Kritiker ganz genau, daß unzweifelhaft große Sozialisierungen bevorstehen und deshalb das Programm einen großen Sozialisierungsplan mit den »klarsten, fressigsten und propagandistisch wirkungsvollsten Formulierungen« enthalten muß.

So sagt zum Beispiel Ströbel im dritten seiner Artikel über den Programmwurf:

Die Sozialisierung ist nicht mehr wie vor dem Kriege, und vollends im Jahre 1891, dem Entstehungsjahr des Erfurter Programms, ein Fernziel, dessen Verwirklichung für die nächste Zeitspanne nicht in Frage kommt, sondern eine unmittelbare Gegenwartsaufgabe, deren Verwirklichung im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Parteiarbeit steht, auf deren möglichst rasche und reibungslose Lösung sich alle geistigen und organisatorischen Kräfte der Partei zu konzentrieren haben. Gerade deshalb brauchen wir ein neues, modernisiertes Programm, um die Sozialisierungsaufgaben in das Zentrum des Parteilwirkens zu rücken, um für das Prinzip und die Praxis der Sozialisierung die klarsten, treffsichersten und propagandistisch wirkungsvollsten Formulierungen zu finden.

Ebenso, nur in vorsichtigerer Fassung, sagt Hilferding:

Dies (das heißt der jetztige Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. H. C.) macht es notwendig, über die Art der Verwirklichung sozialistischer Wirtschaft deutlicher und ausführlicher zu sprechen; die Entwicklung der Kapitalorganisationen — der Kartelle, Trusts, Großbanken — einerseits, die revolutionären Erfahrungen andererseits machen solche Aussagen möglich. Die Probleme des Überganges von kapitalistischer zu sozialistischer Wirtschaft, die Fragen sozialistischer Organisationsformen der einzelnen Wirtschaftszweige heißen jetzt Antwort.

Ganz richtig — unter der Bedingung, daß wir tatsächlich auf dem besten Wege sind, demnächst in den Sozialismus hineinzuspazieren und daher wirklich vor der »unmittelbaren Gegenwartsaufgabe« stehen, die allgemeine systematische Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsbetriebe durchzuführen oder, wie Hilferding annimmt, schnell »die Fragen sozialistischer Organisationsformen der einzelnen Wirtschaftszweige« zu lösen. Ist aber tatsächlich die Entwicklung der Kapitalorganisationen so weit vorgeschritten, daß ihre allgemeine Sozialisierung als unsere dringendste Gegenwartsaufgabe vor der Tür steht? Wäre das der Fall, dann möchte vielleicht nötig sein, schnell schöne Pläne und Rezepte für die Sozialisierung auszuarbeiten. Wenn nun aber die nächste Wirtschaftsentwicklung sich in wesentlich anderen Bahnen vollzieht, als die Kritiker à la Ströbel und Hilferding annehmen, wenn die weltwirtschaftliche Entwicklung statt zu der verkündeten sozialistischen Übergangsära zunächst zu der obenerwähnten finanzkapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftsära führt — was dann? Hat es einen Sinn, Sozialisierungsrezepte für die Garküche der Zukunft zu fabrizieren, obgleich heute noch kein Mensch zu sagen vermag, wie diese Garküche aussehen, welche Vorräte und Kochapparate sie zur Verfügung haben wird und ob überhaupt die schön ausgedachten Rezepte dann noch anwendbar sein werden.

Bisher sind sich die meisten Sozialisierungstheoretiker nicht nur nicht über die einfachsten Vorfragen und Vorbedingungen einer allgemeinen systematischen Sozialisierung einig geworden, sie streifen sogar noch darüber, was denn überhaupt unter Sozialisierung zu verstehen ist und welcher Zweck durch sie erreicht werden soll. Verstehen die einen darunter die Übernahme bestimmter Produktions- und Betriebszweige durch freie Unternehmer- oder Arbeiterverbände beziehungsweise durch Arbeitsgenossenschaften, so die an-

deren die Bewirtschaftung der Industriezweige durch große Selbstverwaltungskörperschaften unter Kontrolle des Staates, während dritte die Sozialisierung einfach mit der Verstaatlichung identifizieren. Stampfer versteht zum Beispiel unter »Sozialisierung« in seinem »Vorwärts«-Artikel eine bloße »Verstaatlichung« und spottet über jene, die behaupten, unter Sozialisierung, die »auf diese Weise erst recht schleierhaft« würde, »sei um alles in der Welt keine Verstaatlichung gemeint«.

Zugleich fordert Stampfer vom theoretischen Teil des neuen Programms, daß es auf »die wachsende Befehlsgewalt des Staates über die Wirtschaft« hinweisen müsse — auf das, was Renner »Durchstaatlichung« nenne. Ich stimme Stampfer bezüglich dieser Forderungen grundsätzlich zu. In meinem Buch über die »Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatslehre« habe ich die Entwicklung des Obrigkeitsstaats zum Wirtschaftsstaat ausführlich dargelegt und daraus geschlossen, daß unsere Partei ihre frühere Stellungnahme zum Staat ändern muß. Ebenso habe ich mich auch in meinem kleinen Beitrag zu der im vorigen Jahr erschienenen Schrift »Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschläge für seine Erneuerung« gegen ein Verharren in der alten Staatsnegation gewandt und auf die Bedeutung des Staates als Hebel für die wirtschaftlichen Befreiungs- und Kulturzwecke der Arbeiterschaft hingewiesen. Schwierig ist es jedoch, diese veränderte Bedeutung, die der Staat als wirtschaftsbeherrschende Institution für die Arbeiterschaft gewonnen hat, im theoretischen Teil des neuen Programms allgemeinverständlich hervortreten zu lassen; denn mit ein oder zwei Sätzen, die kurzweg diese neue Bedeutung konstatieren, ist es nicht getan. Es müßte vielmehr auf die neue Entwicklungsform des Staates als Grundlage unserer veränderten Staatsauffassung hingewiesen werden. Geschieht das, werden wir aber sofort mit der Ideologie jener zahlreichen Parteigenossen in Konflikt kommen, die noch in der alten Staatsfeindschaft stecken und im Staat lediglich eine Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen zur Niederhaltung der Arbeiterklasse sehen. Soll trotzdem Stampfers Wunsch erfüllt werden, so würde das meiner Ansicht nach am besten nicht im theoretischen Teil, sondern in dem unsere Forderungen an den Staat und die Staatsregierung zusammenfassenden Teil geschehen, der die Überschrift »Verfassung und Verwaltung« trägt.

Es bleibt demnach, will man nicht in die ferne Zukunft schweifen, nur übrig, jene Entwicklungserscheinungen zu kennzeichnen, die sich vor unseren Augen vollziehen und durch die Nachwirkungen des Krieges noch verstärkt worden sind: die zunehmende Betriebskonzentration, Kapitalanhäufung, die Vernichtung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen, die fortschreitenden Fusionen und Verkrüftungen, die Herausbildung immer mächtiger werdender Privatmonopole, das Heranwachsen einer neuen aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern bestehenden Bourgeoisie, der auf der anderen Seite eine Hinunterdrückung zahlreicher bisher bemittelter geistiger Arbeiter (Gelehrte, Beamte, Schriftsteller, Künstler usw.) in proletarische Lebensverhältnisse gegenübersteht. Kurz, es bleibt nur übrig, auf die Zuspitzung der wirtschaftlichen und damit auch der sozialen Gegensätze in der heutigen Gesellschaft hinzuweisen und das Mittel zu nennen, das allein diese Gegensätze zu überwinden und die Gesellschaft auf eine höhere wirt-

schaffliche und kulturelle Stufe zu heben vermag: die Einführung der sozialistischen Gemeinwirtschaft.

Das ist im neuen Programmentwurf geschehen. Freilich ist, wie ich gern zugebe, in Rücksicht auf den Wunsch, die theoretische Einleitung so knapp wie möglich zu halten, dabei etwas zu summarisch und, wenn man so sagen darf, zu aphoristisch verfahren worden. Es würde dem theoretischen Verständnis eines großen Teiles der Parteigenossen mehr entsprochen haben, wenn einzelne Kürzungen nicht vorgenommen und bestimmte Ausführungen schärfer präzisiert worden wären. So könnte es meines Erachtens nicht schaden, wenn die durch den Krieg erfolgte Klassenverschiebung und der Abrutsch verschiedener bisher in gut bürgerlichen Verhältnissen lebender Kreise in das sogenannte Stehkragenproletariat schärfer hervorgehoben würde.

Was ist's mit dem Klassenkampf?

Am meisten ist wohl an dem Entwurf eines neuen Programms gerügt worden, daß er nicht das Wort »Klassenkampf« enthält. Besonders hat Genosse Markwald in der Frankfurter »Volksstimme« das Fehlen dieses Wortes als eine schwere Unterlassungssünde bezeichnet und angekündigt, daß für ihn jedes Programm, wie es auch beschaffen sein möge, unannehmbar wäre, das nicht dieses Wort enthalte. Darauf haben einige andere Blätter erwidert, daß, wenn auch das Wort »Klassenkampf« im Entwurf fehle, doch der Klassenkampfgedanke darin enthalten sei; denn sowohl aus der Gegenüberstellung der Kapitalistenklasse und der proletarisierten werktätigen Volksschichten wie aus der Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung spreche deutlich eine Klassenkampfauffassung. Überdies würde am Schlusse der theoretischen Einleitung die Vereinigung der sozialistischen Parteien zur »internationalen Aktion« gegen die kapitalistische Herrschaft verlangt.

Damit könnte ich den Vorwurf, der Programmentwurf verleugne den Klassenkampf, für erledigt erklären. Aber aus verschiedenen Blättern, besonders der Frankfurter »Volksstimme«, spricht eine solche Enge der Klassenkampfauffassung, eine solche Befangenheit in durch die gesellschaftliche Entwicklung überholten Klassenvorstellungen, daß ich nicht unerörtert lassen möchte, wie gleich vielen anderen Problemen auch das Klassenkampfsproblem für unsere Partei eine ganz andere Gestalt gewonnen hat, als es einst vor fünfzig, vierzig oder selbst noch vor dreißig Jahren hatte.

Als Marx in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, besonders im »Elend der Philosophie« und im »Kommunistischen Manifest«, seine Theorie vom Klassenkampf als Triebkraft in der Geschichte der Völker entwickelte, war die Arbeiterklasse noch eine sehr uneinheitliche, unorganisierte Masse. Marx nahm daher an, zunächst werde sich der Klassenkampf der Arbeiter vereinzelt in kleinen örtlichen Kreisen abspielen und das Kampfobjekt nicht in allgemeinen gemeinsamen Klassenforderungen, sondern in einzelnen örtlichen Lohnforderungen, Arbeitszeitverkürzungen und dergleichen bestehen. Mit der Entwicklung der Industrie aber vergrößerte sich auch die Industriearbeiterschaft, und nun würden sich zunächst kleinere lokale, dann größere, mehrere Kreise und Provinzen umfassende Berufsvereinigungen der Arbeiter herausbilden, die dann wieder miteinander Verträge und Bindungen eingehen würden, bis schließlich die Arbeiterschaft, durch die Erfah-

rung belehrt, zu der Ansicht kommen werde, durch berufsgenossenschaftliche (gewerkschaftliche) Kämpfe sei ihre Lage nicht gründlich zu ändern; sie müßte daher einen Druck auf die Regierung ausüben, das heißt n e b e n d e m b e r u f l i c h e n e i n e n p o l i t i s c h e n K a m p f f ü h r e n. Zuerst versuche die Arbeiterklasse, diejenigen bürgerlichen Parteien zu unterstützen, die für gewisse von ihr erhobene Forderungen einträfen, dann aber formiere sie sich selbst zu einer großen politischen, aktionsfähigen Arbeiterpartei, die nun mit der Ausweitung der Industrie und der zunehmenden politischen Reife der Industriearbeiterschaft immer größere Teile der Arbeiterklasse in sich aufnähme. So entwickle sich eine große, sich stetig ausdehnende politische Klassenpartei, die nun, da die Mittelschichten ihre frühere wirtschaftliche Stellung im Gesamtwirtschaftsprozeß und damit ihr politisches Gewicht mehr und mehr verlore, nur noch allein als große Kampfgemeinschaft der Bourgeoisie gegenüberstände.

Die Folge würde sein, wie Marx im »Kommunistischen Manifest« ankündigte, daß sich die Klassengegensätze immer mehr vereinfachen und schließlich nur noch zwei Klassen miteinander kämpfen: Arbeiterklasse und Bourgeoisie. So heißt es beispielsweise im »Kommunistischen Manifest«:

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze v e r e i n f a c h t hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich m e h r und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Hat tatsächlich die Parteibildung diese von Marx prognostizierte Richtung genommen — in Deutschland oder anderswo? Hat die Arbeiterklasse sich wirklich zu einer einzigen großen Arbeiterpartei zusammengeballt? Bildet die deutsche Sozialdemokratie eine fast ausschließlich aus Arbeitern bestehende große Klassenpartei mit einheitlicher Kampffront, so daß die Begriffe Arbeiterklasse und Sozialdemokratische Partei sich decken? Hat ferner die Entwicklung die Parteien der sogenannten Mittelschichten derartig in der politischen Kampfarena ausgeschaltet, daß nur noch eine große geschlossene Arbeiterpartei der Bourgeoisie gegenübersteht? Niemand, der unser politisches Leben unvoreingenommen betrachtet, wird das behaupten wollen! Die Arbeiterklasse Deutschlands ist, ganz abgesehen davon, daß noch immer beträchtliche Teile der Arbeiterschaft den bürgerlichen Parteien, besonders der Zentrumspartei angehören, in mehrere sich befehdende Parteien gespalten, und jede dieser Parteien besteht keineswegs nur aus Angehörigen der Arbeiterklasse, sondern hat Teile anderer Klassen: selbständige Handwerker, Kleinbauern, Beamte, Gelehrte, Lehrer, Künstler usw., in sich aufgenommen. Vornehmlich gilt das von unserer Partei, der Mehrheitssozialdemokratie. Ein beträchtlicher Teil ihrer früheren zur Arbeiterklasse gehörenden Anhängerschaft ist zur Partei der Unabhängigen und zu den kommunistischen Parteien abgeschwenkt, und dafür sind Angehörige anderer Klassen in unsere Reihen eingeschwenkt. Und immer mehr gewinnt innerhalb der Partei die Ansicht Boden, daß es nötig sei, noch weit größere Teile der Kleinbauern-, Handwerker-, Beamten- und Lehrerschaft heranzuziehen, wenn wir zur politischen Herrschaft gelangen wollten. Ist unsere Partei aber keine bloße Klassenpartei mehr, sondern ein Gemisch verschiedener Klassen, so kann sie auch nicht mehr im früheren Sinne Klassenkampfpolitik, keine einseitige Inter-

essenpolitik im Dienste der Arbeiterklasse treiben; sie muß notwendig einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen in ihr vertretenen Klassenteile suchen.

Zugrunde liegt vielfach der Forderung, daß das Wort »Klassenkampf« wieder in das neue Programm hinein muß, eine Verwechslung von Klasse und Partei. Jedenfalls zeugt es von einer gar seltsamen theoretischen Verwirrung, wenn in einigen Blättern die Aufnahme des Wortes »Klassenkampf« in das neue Programm verlangt und hinterher gefordert wird, die Partei müsse die Kleinbauern zu gewinnen trachten und daher deren bäuerliche Produzenteninteressen berücksichtigen. Ist denn etwa dieses Berücksichtigen der Interessen einer anderen Klasse nicht ein Aufgeben des sogenannten reinen »Klassenkampfstandpunktes«? Solange unsere Partei eine starke Arbeiteranhängerschaft besitzt, die durch die Art ihrer Betätigung und Stellung im Wirtschaftsleben einen höchst wichtigen sozialen Faktor darstellt und an politischer Schulung und Organisationsfähigkeit manche sogenannten »gebildeten« Kreise überragt, wird sicherlich für unsere Partei auch die Arbeiterpolitik von ausschlaggebender Bedeutung sein, aber in keinem Falle kann sich die Sozialdemokratie darauf beschränken, nur Arbeiterpolitik zu treiben, wenn sie nicht den Zugzug aus kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen fernhalten will.

Vielleicht wird der Öörtlker Parteitag — denn was das Festhalten an alten Parteianschauungen und Parteitraditionen betrifft, hat ja unsere Partei schon öfter selbst die Ultrakonservativen an Konservatismus übertroffen — beschließen, daß unbedingt wieder das Wort »Klassenkampf« in das neue Programm hinein muß. Andern wird das an unserer Parteipolitik gar nichts; wir werden dann eben noch eine Zeitlang unter alter Flagge segeln. Und schließlich wird es mit dem Worte »Klassenkampf« gehen wie mit dem Satz im Gothaer Einigungsprogramm: »Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.« Marx hat sich 1875 energisch gegen diesen letzten Satz gewehrt — mit durchschlagenden Gründen; aber das Wort von der einen reaktionären Masse gehörte nun einmal zum »ehernen« Bestand der lassalleanischen Parteiphrasologie, und so kam es trotz aller Einwände auch in das Gothaer Programm hinein. Die Lassalleaner behaupteten, die ganze Partei werde zusammenbrechen, wenn im neuen Programm nichts von der »einen reaktionären Masse« stände. Nachdem aber dann der Satz aufgenommen war, wurde er inolge der neuen politischen Kampfstellung bald vergessen und 1891 dem neuen Erfurter Programm nicht wieder einverleibt. Und heute? Heute dürfte es kaum noch jemand in unseren Reihen geben, der ernsthaft wünscht, daß der Satz ins neue Programm hineinkäme. Besser wäre freilich, die betreffenden Sätze des neuen Programmentwurfs behielten ihre Fassung — doch schließlich, wenn das Wort »Klassenkampf« durchaus wieder in das neue Programm hinein soll, mag es vorläufig drin bleiben. Vielleicht ist die Zeit für seine Ausmerzung noch nicht gekommen. Es gilt eben von überlebten Parteitraditionen, -illusionen und -schlagworten cum grano salis daselbe, was Goethe vom überlebten Recht sagt:

Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort.